

# Ausschuss der Regionen

Otto Schmuck

Zwischen Juli 2012 bis Juli 2013 fanden sieben Plenartagungen des Ausschusses der Regionen (AdR) statt.<sup>1</sup> Dabei wurden 83 Stellungnahmen und 9 Resolutionen verabschiedet. Im Rahmen der feierlich begangenen 100. Plenartagung unterstrich der Präsident des Europäischen Parlaments Martin Schulz am 11. April 2013 die gute Zusammenarbeit zwischen AdR und Europäischem Parlament. Wie üblich boten die Erläuterungen der Vertreter der jeweiligen EU-Ratspräsidentenschaften zu deren Programm – im zweiten Halbjahr 2012 Zypern und im ersten Halbjahr 2013 Litauen – Gelegenheit zu einer politischen Aussprache.

Aufgrund des am 1. Juli 2013 erfolgten Beitritts Kroatiens erhöhte sich die Mitgliederzahl des AdR um neun auf nunmehr 353. Vier der neun neuen Mitglieder haben sich der SPE, drei der EVP und zwei der ALDE-Fraktion angeschlossen. Damit erreichen die SPE- und die EVP-Fraktion derzeit mit jeweils 125 einen Gleichstand in der Anzahl ihrer Mitglieder. Für die nächste Mandatsperiode ab Februar 2015 muss eine neue Mandatsverteilung gefunden werden, da der Vertrag von Lissabon eine Höchstzahl von 350 vorschreibt.

Bisher hatten sich die AdR-Mitglieder in vier Fraktionen zusammengefunden: SPE (Sozialdemokraten, Grüne, Linke), EVP (Christdemokraten und Konservative), ALDE (Sozial- und Wirtschaftsliberale) sowie EA (Unabhängige). Während der April-Plenartagung 2013 hat sich im AdR eine neue politische Gruppierung unter der Bezeichnung „Fraktion der Europäischen Konservativen Reformisten“ (ECR) gebildet. Sie besteht aus britischen konservativen Abgeordneten, Mitgliedern der tschechischen ODS (Obanská demokratická strana, zweitstärkste Partei in der Tschechischen Republik), einem Mitglied der „Wahren Finnen“ und aus Mitgliedern der polnischen Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (Partei des ehemaligen Ministerpräsidenten Kaczynski). Die Mitglieder dieser neuen Gruppierung sind europakritisch bis europaskeptisch. Sie wollen sich laut ihrem Fraktionsvorsitzenden Gordon Keymer aus Großbritannien für eine starke Stellung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften und für eine minimale europäische Regulierung einsetzen.<sup>2</sup> Die neue Fraktion wird künftigen politischen Debatten im AdR eine neue europakritische Dimension verleihen.

Am Rande der Oktober-Plenartagung 2012 fanden erneut die „Open Days“ statt, die der AdR bereits zum zehnten Mal in Zusammenarbeit mit der Generaldirektion Regionalpolitik der Kommission durchführte. Über 6.400 Vertreterinnen und Vertreter lokaler und regionaler Gebietskörperschaften, Entscheidungsträgerinnen und -träger aus der Wirtschaft, Journalisten und Experten diskutierten in 108 Workshops gemeinsam über Probleme, Lösungen und bewährte Praktiken zur europäischen Regional- und Kohäsionspolitik.

## Arbeitsschwerpunkte

Besondere Bedeutung in der Arbeit kam der Begleitung der Aushandlung des neuen Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) der EU nach 2013 zu. Hierzu gehörte auch die intensive

---

1 96. Plenartagung vom 18.-19. Juli 2012, 97. Plenartagung vom 8.-10. Oktober 2012, 98. Plenartagung vom 15. und 16. Februar 2012, 99. Plenartagung vom 3. und 4. Mai 2012, 100. Plenartagung vom 11. und 12. April 2013, 101. Plenartagung vom 30. Mai 2013, 102. Plenartagung vom 3. und 4. Juli 2013.

2 Siehe: <http://cor.europa.eu/en/news/interviews/Pages/keymer-new-ecr-political-party.aspx> .

Befassung mit dem Legislativpaket für die Kohäsionspolitik 2014-2020 und dessen potenziellen Auswirkungen auf die wirtschaftliche, soziale und territoriale Entwicklung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften. In der während des Oktober-Plenums 2012 gefassten Stellungnahme wurden mit Blick auf die Reform der Kohäsionspolitik die wesentlichen Standpunkte des AdR klargestellt, nämlich die eindeutige Ablehnung einer makroökonomischen Konditionalität und die Unterstützung für die Einführung einer neuen Kategorie so genannter Übergangsregionen.<sup>3</sup> Für die Regionen und Städte sei ein klarer Rahmen von zentraler Bedeutung, damit sie mit der Ausgestaltung ihrer Programme beginnen könnten. Deshalb müsse eine drohende Entscheidungsblockade unbedingt verhindert werden.

Überaus aktiv war der AdR auch im Hinblick auf die Umsetzung der Europa-2020-Strategie. Im Energiebereich wurde der Schwerpunkt auf die Schaffung eines funktionierenden Energiebinnenmarkts sowie auf Maßnahmen zur Unterstützung der Erneuerbaren Energien und zur Steigerung der Energieeffizienz und der Energieeinsparungen gelegt – alles Schlüsselaspekte der Leitinitiative zur Ressourceneffizienz der Europa-2020-Strategie. Ziel war dabei u.a. die Förderung des Übergangs hin zu einer CO<sub>2</sub>-armen Wirtschaft sowie die Schaffung neuer „grüner“ Arbeitsplätze in der Energiebranche auf lokaler und regionaler Ebene.<sup>4</sup>

Besonderes Augenmerk wurde auch der Erarbeitung des 7. Umweltaktionsprogramms gewidmet. Der Kommissionsvorschlag enthält einige der Schlüsselempfehlungen, die der AdR bereits 2010 in seiner Prospektivstellungnahme zu der Rolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in der künftigen Umweltpolitik<sup>5</sup> ausgesprochen hatte und die am 30. Mai 2013 in einer Stellungnahme zum 7. Umweltaktionsprogramm konkretisiert wurden. Dabei wurden prioritäre Zielvorgaben für die Umsetzung des EU-Umweltrechts und für die Nachhaltigkeit der Städte sowie zur Erarbeitung eines Plans für einen allgemeinen verbindlichen EU-Rahmen für Umweltprüfungen und -überwachung festgelegt.<sup>6</sup>

Der AdR beteiligte sich an den wirtschaftspolitischen Grundsatzdebatten, u.a. durch ein Treffen des AdR-Präsidiums mit dem Präsidenten Van Rompuy am 12. März 2013 im Vorfeld des Frühjahrsgipfels und einer Bewertung der nationalen Reformprogramme. Während der Juli-Plenarsitzung 2013 verabschiedete der AdR zudem eine bedeutsame Resolution zur Weiterentwicklung und Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU). Darin betont er, dass bei allen Entscheidungen über die Entwicklung der WWU die Rolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften bei der Stärkung der Wirtschaft und der Förderung von Beschäftigung und Wachstum voll und ganz anerkannt und nach Möglichkeit ausgebaut werden sollte. Er betrachtete die Vorschläge für einen einheitlichen Aufsichtsmechanismus mit einer zentralen Funktion der EZB als Schritt auf dem Weg zu mehr Transparenz und demokratischer Rechenschaftspflicht.<sup>7</sup> Der AdR legte der Kommission und den Mitgliedstaaten nahe, bei der Vorabkoordinierung größerer wirtschaftlicher Reformvorhaben in der EU besonders auf regionale Übertragungseffekte zu achten.

Sehr intensiv befasste sich der AdR auch mit dem Thema Jugendarbeitslosigkeit. Er verabschiedete am 30. Mai 2013 einstimmig eine Stellungnahme zum Jugendbeschäftigungspaket.<sup>8</sup> Darin wird betont, dass die besten Ergebnisse bei der Jugendbeschäftigung in

---

3 Amtsblatt der Europäischen Union C391 vom 18.12.2012, S. 31-36.

4 Stellungnahme von Piet De Vey Mestdagh (NL/ALDE): „Ein funktionierender Energiebinnenmarkt“ sowie Stellungnahme von Wietold Spien (PL/EVP): „Erneuerbare Energien: Ein wichtiger Faktor auf dem europäischen Energiemarkt“.

5 CdR 164/2010, Berichterstatterin: Paula Baker (UK/ALDE).

6 Bericht José Macário Correia (PT/EVP), ENVE-V-032.

7 CDR4129-2013\_00\_00\_TRA\_PRES\_DE

8 Stellungnahme Enrico Rossi (IT/SPE), EDUC-V-032.

Mitgliedstaaten erzielt werden konnten, in denen Praktika von hoher Qualität mit gleichzeitigen Weiterbildungs- und Trainingsmaßnahmen den Absolventen angeboten werden. Die Kommission wird dazu aufgerufen, einheitliche Minimalstandards und europaweite anerkannte Kriterien für die berufliche Ausbildung festzusetzen. Die Bedingungen, unter denen Praktika stattfinden, müssten vertraglich festgehalten werden.

Eine in der Juli-Plenarsitzung 2012 gefasste Stellungnahme zur Konzessionsvergabe war unter den AdR-Mitgliedern im Vorfeld besonders kontrovers diskutiert worden.<sup>9</sup> Während Mitglieder aus südlichen EU-Staaten die Vorschläge ausdrücklich begrüßten, da sie zur Korruptionsbekämpfung beitragen könnten, wurden aus deutscher Sicht weitreichende Bedenken gegenüber den Vorschlägen der Kommission geäußert, die auch in einer im März 2012 erhobenen Subsidiaritätsrüge des Bundesrats ihren Niederschlag gefunden hatten. Der AdR betonte in seiner schließlich mit Mehrheit verabschiedeten Stellungnahme, dass eine grundsätzliche Differenzierung in prioritäre und nichtprioritäre Dienstleistungen im Kommissionendokument erhalten bleiben müsse. Bezug genommen wird dabei auf soziale und Gesundheitsdienstleistungen, die keine oder nur sehr geringe Relevanz für den Binnenmarkt aufweisen und in der Regel lokal erbracht werden. Die Übertragung von Aufgaben und Zuständigkeiten von einer öffentlichen Stelle auf eine andere dürfe nicht Gegenstand dieser Richtlinie sein. Zudem sollten solche Sektoren nicht mit einbezogen werden, die bereits durch bereichsspezifische Regelungen des Unionsrechts erfasst würden oder aufgrund von Entscheidungen des Unionsgesetzgebers bewusst nicht geregelt worden seien. Des Weiteren forderte der AdR, dass die Wasserversorgung aus dem Bereich der Konzessionsvergebavorschriften herausgenommen werden solle. Diesem aus deutscher Sicht besonders wichtigen Anliegen kam Binnenmarktkommissar Barnier – auch unter dem Druck der erfolgreichen Europäischen Bürgerinitiative „right2water“ – im Juni 2013 nach.

Traditionell widmet der AdR auch der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit besondere Aufmerksamkeit. Er verabschiedete während der Juli-Plenartagung 2013 eine Stellungnahme zum Thema „Grenzgänger – Bestandsaufnahme nach 20 Jahren Binnenmarkt: Probleme und Perspektiven“.<sup>10</sup> Darin wird betont, dass die Mobilität ein Herzstück der europäischen Integration darstelle. Hindernisse im Bereich der steuerlichen Maßnahmen müssten zugunsten von Grenzgängern abgebaut werden und die Sozialversicherungssysteme der Mitgliedstaaten besser koordiniert werden. Weitere Anliegen waren die Bekämpfung des Sozial- und Lohndumpings, der wirksamere Schutz der Rechte entsandter Arbeitnehmer und eine einfachere Anerkennung beruflicher Qualifikationen. Gefördert werden müsse insbesondere auch die Mobilität junger Menschen. Sehr zu begrüßen sei in diesem Zusammenhang die europäische Beschäftigungsinitiative für junge Menschen einschließlich der europäischen Jugendgarantie.

### **Auswirkungen der AdR-Aktivitäten**

Die Auswirkungen der Aktivitäten eines beratenden Organs auf die EU-Politik lassen sich nur schwer bemessen. EU-Politik wird in starkem Maße durch sachgerechtes Lobbying beeinflusst, um bei den vielen Etappen des europäischen Entscheidungsprozesses strategisch Einfluss zunehmen, Themen zu setzen und Positionen zu markieren. Grundsatzorientierungen europäischer Politik werden in einem intensiven Diskussionsprozess innerhalb und zwischen europäischen Institutionen und durch praktische Zusammenarbeit mit Vertretungen anderer Weltregionen auf vielen Ebenen intensiv diskutiert. Der AdR beteiligt sich an diesem Prozess

<sup>9</sup> Stellungnahme Henk Kool (NL/SPE), CdR 100/2012 – ECOS-V-030.

<sup>10</sup> Berichterstatter war der Ministerpräsident der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens Karl-Heinz Lambertz (BE/SPE); siehe CDR246-2013\_00\_00\_TRA\_PA (FR/EN) PF/CD/ss.

auf der Grundlage einer jährlich beschlossenen strategischen Planung.<sup>11</sup> Er nutzt dazu seine traditionellen Politikinstrumente – Stellungnahmen und Resolutionen – sowie die enge Zusammenarbeit mit der Kommission, dem EP und der jeweiligen Ratspräsidentschaft. Hinzu kommen mehr als 100 themenbezogene Veranstaltungen, Seminare und Ausstellungen.

Um die Auswirkungen der Stellungnahmen und Resolutionen des AdR besser zu erfassen, erstellt das AdR-Generalsekretariat bereits seit einigen Jahren jährliche umfangreiche Berichte.<sup>12</sup> Dabei wird unter anderem auf die dem AdR einmal jährlich übermittelten Berichte der Europäischen Kommission über die Berücksichtigung der AdR-Stellungnahmen durch die Kommission Bezug genommen.<sup>13</sup> Zudem erstellen die Fachkommissionssekretariate gemeinsam mit den Berichterstattern und deren politischen Fraktionen seit September 2011 laufend aktualisierte Planungsbögen. Auf dieser Grundlage wird die politische Tätigkeit des AdR in Bezug auf die jeweiligen Stellungnahmen geplant, strukturiert und überwacht. Als besonders erfolgreich wird das Agieren des AdR bei der Ausgestaltung des Mehrjährigen Finanziellen Rahmens 2014-2020 und der EU-Kohäsionspolitik herausgestellt. Das AdR-Generalsekretariat weist darauf hin, dass u.a. folgende Vorschläge von der Europäischen Kommission und/oder dem Europäischen Parlament aufgegriffen worden seien:<sup>14</sup>

- Schaffung einer neuen Kategorie von Regionen mit einem Pro-Kopf-BIP zwischen 75 und 90% des EU-BIP;
- Befürwortung der Einführung projektbezogener EU-Anleihen;
- Einführung einer politikorientierten Auflagenbindung in den Programmen und Instrumenten, um den Schwerpunkt mehr auf Ergebnisse als auf die investierten Mittel zu lenken;
- ausdrücklicher Verweis im Haushaltsplan auf die Kohäsionspolitik und Beibehaltung des gegenwärtig für diesen Politikbereich aufgewendeten Mittelumfangs;
- Einrichtung von „Partnerschaftsverträgen“ zur Schaffung einer integrierten Strategie für die territoriale Entwicklung;
- Notwendigkeit eines Gemeinsamen Strategischen Rahmens (GSR) für alle Strukturfonds (einschließlich des ELER und des EMFF).

Die nähere Befassung mit den Rahmenbedingungen des institutionellen Gefüges der EU lässt erkennen, dass frühzeitig eingebrachte Stellungnahmen des AdR – zumindest bei Materien mit deutlich regionalem und lokalem Bezug – gute Chancen bieten, den EU-Entscheidungsprozess wirksam zu beeinflussen.<sup>15</sup> Die Kommission sieht im AdR bei derartigen Materien zumeist einen natürlichen Verbündeten gegen die Mitgliedstaaten, und auch das EP sucht verstärkt den Kontakt zur Vertretung der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften.

### Weiterführende Literatur

Christoph Hönnige/Diana Panke: The Committee of the Regions and the European Economic and Social Committee: How Influential are Consultative Committees in the European Union?, in: *Journal of Common Market Studies*, Vol. 51, 2012, Issue 3, S. 452-471.

Silvia Ricci: The Committee of the Regions and the Challenge of European Governance, in: Carlo Panara/Alexander De Becker (Hrsg.), *The Role of the Regions in EU Governance*, Heidelberg 2011, S. 109-129.

---

11 Siehe für 2013: „Prioritäten des Ausschusses der Regionen für 2013 auf der Grundlage des Legislativ- und Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission“, in: *Amtsblatt der EU C 17* vom 19.1.2013, S. 1-5.

12 Siehe für 2012: *Committee of the regions: COR impact report 2012*, CDR3842-2013\_00\_00\_REF\_NB; sowie darauf basierend: *Ausschuss der Regionen (Hrsg.): Europa sind wir: Städte und Regionen als Mitgestalter der europäischen Gesetzgebung. Wesentliche Erfolge 2011-2012*, Brüssel 2013.

13 *Berichte der Europäischen Kommission über die Berücksichtigung der AdR-Stellungnahmen durch die Kommission*: 48. Bericht (Februar 2012) und 49. Bericht (Mai 2012).

14 Die nachfolgende Auflistung ist entnommen aus: *Ausschuss der Regionen, Europa sind wir: Städte und Regionen als Mitgestalter der europäischen Gesetzgebung. Wesentliche Erfolge 2011-2012*, Brüssel, 2012, S. 3.

15 Siehe hierzu Silvia Ricci (2011), S. 127.